



Zustellung per Empfangsbekenntnis

TenneT TSO GmbH

Bernecker Str. 70
95448 Bayreuth

Ausschließlich per E-Mail:

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
01.04.2022

Mein Zeichen, meine Nachricht vom
4.14.03.02_22-011

☎ 0228
oder 14-0

Bonn
30.06.2022

**Genehmigungsbescheid der Bundesnetzagentur gemäß § 13b Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 EnWG
zur Systemrelevanzausweisung des Kraftwerkblocks Irsching 3 (BNA0993)
Aktenzeichen: 4.14.03.02_22-011**

In dem Verwaltungsverfahren

gegenüber der

TenneT TSO GmbH, Bernecker Str. 70, 95448 Bayreuth, vertreten durch die Geschäftsführung

- Antragstellerin -

unter Beiladung der

Uniper Kraftwerke GmbH, Holzstraße 6, 40221 Düsseldorf, vertreten durch die
Geschäftsführung

- Beigeladene -

wegen

Bundesnetzagentur für
Elektrizität, Gas, Telekommunikation,
Post und Eisenbahnen

Behördensitz: Bonn
Tulpenfeld 4
53113 Bonn
☎ 0228 14-0

Telefax Bonn
0228 14-8872

E-Mail
poststelle@bnetza.de
Internet
<http://www.bundesnetzagentur.de>

Bitte neue Bankverbindung beachten!
Bundeskasse Weiden
Dt. Bundesbank – Filiale Regensburg
BIC: MARKDEF1750
IBAN: DE08 7500 0000 0075 0010 07

Datenschutzhinweis:

Der Schutz Ihrer Daten ist uns wichtig. Nähere Informationen zum Umgang mit personenbezogenen Daten in der BNetzA können Sie der Datenschutzerklärung auf <https://www.bundesnetzagentur.de/Datenschutz> entnehmen. Sollte Ihnen ein Abruf der Datenschutzerklärung nicht möglich sein, kann Ihnen diese auch in Textform übermittelt werden.

des Antrags auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks Irsching 3 hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, vertreten durch ihren Präsidenten Klaus Müller, am 30.06.2022 entschieden:

Dem Antrag auf Genehmigung der Ausweisung des Kraftwerksblocks Irsching 3 (BNA0993) als systemrelevant im Sinne von § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG wird vom 01.04.2023 bis zum 31.12.2023 stattgegeben.

Gründe:

I.

Der Kraftwerksblock Irsching 3 unterliegt seit dem 01.05.2016 und infolge nachfolgend genehmigter Systemrelevanzausweisungen noch bis zum 31.03.2023 einem Stilllegungsverbot. Die Antragstellerin ging bislang davon aus, keine erneute Systemrelevanzausweisung der Anlage über den 31.03.2023 hinaus vorzunehmen. Hintergrund hierfür war insbesondere die für Ende 2022 geplante Inbetriebnahme des neuen besonderen netztechnischen Betriebsmittels am Kraftwerksstandort Irsching (Block 6) sowie der endgültige Wegfall der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von Irsching 3 zum 31.12.2023.

Der seit Februar 2022 anhaltende Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die hiermit verbundenen Unsicherheiten hinsichtlich der Erdgaslieferungen von Russland nach Deutschland machten aus Sicht der Antragstellerin kurzfristig eine Neubewertung der Systemrelevanz von Irsching 3 notwendig. Mit Schreiben vom 01.04.2022, eingegangen bei der Bundesnetzagentur am selben Tage, beantragte die Antragstellerin, die Systemrelevanzausweisung von Irsching 3 vom 01.04.2023 bis zum 31.03.2023 zu genehmigen.

Die Bundesnetzagentur leitete auf diesen Antrag hin das vorliegende Verwaltungsverfahren nach § 66 Abs. 1 EnWG ein.

In ihrer Begründung verweist die Antragstellerin insbesondere darauf, dass der Kraftwerksblock mit Öl befeuert wird und daher auch im Fall einer möglichen Gasmangellage in Deutschland, hervorgerufen durch eine teilweise oder vollständige Einstellung russischer Gaslieferungen, weiter betrieben werden kann.

Mit Schreiben vom 11.05.2022 teilte die Bundesnetzagentur der Beteiligten mit, dass sie beabsichtige, dem Antrag der Antragstellerin stattzugeben und gab der Beteiligten Gelegenheit zur Stellungnahme. Mit Schreiben vom 20.05.2022 erklärte die Beteiligte, dass es nach ihrer Auffassung keine Rechtsgrundlage für eine erneute Genehmigung gebe, weder für eine

Verlängerung einer bestehenden noch für eine erneute Systemrelevanzausweisung. Weiter gab sie an, der seitens der Bundesnetzagentur im Anhörungsschreiben vom 11.05.22 getätigten Aussage zuzustimmen, wonach ein Weiterbetrieb von Irsching 3 über das Ablaufdatum der immissionsschutzrechtlichen Betriebsgenehmigung, den 31.12.2023, ausgeschlossen sei.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Akte verwiesen.

II.

Dem Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks Irsching 3 ist beginnend ab dem 01.04.2023 bis zum Ablauf des 31.12.2023 stattzugeben, denn er ist zulässig und aufgrund des Vorliegens der Genehmigungsvoraussetzungen nach § 13b Abs. 5 EnWG auch begründet.

1. Obgleich die Beteiligte wie bereits in vorangegangenen Verfahren nach § 13b EnWG vorträgt, dass es an einer Rechtsgrundlage auch für das vorliegende Verfahren fehlt, ist den Anträgen stattzugeben. § 13b Abs. 5 Satz 1 EnWG gewährt dem verantwortlichen ÜNB einen Anspruch auf Genehmigung seiner Systemrelevanzausweisung auch dann, wenn es sich um eine Folgeausweisung handelt. Dies wiederum ergibt sich aus § 13b Abs.5 S.8 EnWG, wonach im Fall einer geplanten endgültigen Stilllegung die Systemrelevanzausweisung für den Zeitraum erfolgen darf, der erforderlich ist, um die Gefährdung oder Störung abzuwenden. Maßgeblich für die Dauer der Systemrelevanz ist also der Zeitraum der anhaltenden Gefährdungslage, die im Ausweisungs- und Genehmigungszeitpunkt notwendigerweise unbekannt ist. Hieraus folgt, dass nach Ablauf einer Ausweisungsperiode, sei es der Regelfall von 24 Monaten, sei es ein längerer Zeitraum unter den Voraussetzungen von § 13b Abs.5 S.9 EnWG, eine erneute Systemrelevanzausweisung bzw. –genehmigung rechtmäßig ist, wenn die Gefährdung der Stromversorgungssicherheit noch andauert. Dass erneute bzw. wiederholte Systemrelevanzausweisungen und –genehmigungen zulässig sind, ergibt sich zudem aus der Gesetzesbegründung zu § 13b Abs.5 S.8 EnWG, wonach im Fall einer geplanten endgültigen Stilllegung, eine Systemrelevanzausweisung „für den Zeitraum erfolgt, der jeweils“ (BT-Drs. 18/7317, S. 90) und damit ggf. eben auch mehrfach erforderlich ist. Jedes andere Verständnis konterkariert zudem das hinter § 13b EnWG stehende gesetzgeberische Motiv, den ÜNB zur Wahrung der Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems ein effektives Instrument an die Hand zu geben (BT-Drucksache 18/7317, Seite 88). Aufgrund des überragenden öffentlichen Interesses an einer sicheren und zuverlässigen Stromversorgung muss die Möglichkeit des Verbots einer endgültigen Stilllegung und die Verpflichtung zum Weiterbetrieb von systemrelevanten

Kraftwerken solange bestehen bleiben, wie dies zur Aufrechterhaltung der sicheren und zuverlässigen Stromversorgung notwendig ist.

2. Der zulässige Antrag ist auch begründet, da die Voraussetzungen für die Genehmigung des Antrags gemäß § 13b Abs. 5 Satz 4 EnWG vorliegen.

Der Kraftwerksblock Irsching 3 ist systemrelevant im Sinne von § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG, denn seine Stilllegung würde mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen und diese Gefährdung oder Störung könnte nicht durch andere angemessene Maßnahmen beseitigt werden.

a) Die Voraussetzung einer nicht unerheblichen Gefährdung für die Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems infolge der Stilllegung ist gegeben, da ohne die Verfügbarkeit der Anlage in besonderen Situationen örtliche Ausfälle des Übertragungsnetzes oder kurzfristige Netzengpässe zu besorgen sind.

Vor dem Hintergrund der seit dem 15.06.2022 durch die russische Regierung veranlassten erheblichen Drosselung der Gasexporte nach Deutschland ist es möglich, dass kurz- bis mittelfristig Gaskraftwerke nicht oder nur noch eingeschränkt verfügbar sein werden. Die Gasmengen, die über die Leitung Nord Stream 1 nach Deutschland transportiert werden, wurden um 60 Prozent, bezogen auf die maximale Transportkapazität der Leitung, gekürzt. Über andere Verbindungsleitungen findet kein Gasexport mehr von Russland nach Deutschland statt. Die Nichtverfügbarkeit oder eingeschränkte Verfügbarkeit von Gaskraftwerken kann auch daraus resultieren, dass Gaskraftwerken möglicherweise künftig der Betrieb untersagt wird, mit dem Ziel den Gasverbrauch bei der Stromerzeugung zu reduzieren. Die stilllegungsbedingte Nichtverfügbarkeit des mit Öl betriebenen Kraftwerks Irsching 3 würde ein unter Umständen vorliegendes Defizit an gesicherter Einspeiseleistung aus Gaskraftwerken zum strombedingten Redispatch noch vergrößern und entsprechend auch den sicheren und zuverlässigen Betrieb des Elektrizitätsversorgungsnetzes weiter gefährden. Dieser Zusammenhang wird in Bezug auf den Kraftwerksstandort Irsching besonders deutlich, da dort die Anlagen Irsching 4 und Irsching 5, bei denen es sich zudem um systemrelevante Gaskraftwerke gemäß § 13f Abs. 1 EnWG handelt, von einer Gasmangellage betroffen sein könnten. Der mögliche Wegfall an gesicherter Erzeugungsleistung an diesem Netzverknüpfungspunkt könnte durch die weitere Verfügbarkeit von Irsching 3 über den 31.03.2023 hinaus zwar nicht kompensiert, aber immerhin reduziert werden.

b) Zutreffend geht die Antragstellerin daher davon aus, dass die endgültige Stilllegung der

Anlage Irsching 3 mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen würde. § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG verlangt nicht, dass ein als „sicher“ feststehender Kausalzusammenhang zwischen der stilllegungsbedingten Nichtverfügbarkeit der betreffenden Erzeugungseinheit und der Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Betriebs des Übertragungsnetzes vorliegen muss. Es reicht vielmehr aus, dass die Nichtverfügbarkeit mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs führt. Anlässlich der Systemrelevanzprüfung ist die Antragstellerin daher gehalten, einen entsprechend vorsichtigen Maßstab anzulegen. An die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts sind umso geringere Anforderungen zu stellen, je größer der zu erwartende Schaden und je ranghöher das vom Gesetz geschützte Schutzgut sind. Diesem Maßstab ist die Antragstellerin vor dem Hintergrund der drohenden Personenschäden und dem volkswirtschaftlichen Schaden infolge eines unkontrollierten flächendeckenden Stromausfalls gerecht geworden.

c) Es sind keine mildereren, gleich geeigneten Maßnahmen ersichtlich, um die im Falle einer Stilllegung drohende Gefährdungslage zu beseitigen.

d) Die Antragstellerin durfte die Ausweisung der Systemrelevanz auf die gesamte verfügbare Nennleistung der Anlage beziehen, die physikalisch für die Netzstabilitätsmaßnahmen der Übertragungsnetzbetreiber herangezogen werden kann.

e) Es ist nachvollziehbar, dass die Antragstellerin die Systemrelevanzausweisung der Anlage bis zum 31.12.2023 vornimmt. Mit Ablauf dieses Datum erlischt die immissionsschutzrechtliche Betriebsgenehmigung der Anlage.

f) Ein Ermessen kommt der Bundesnetzagentur hinsichtlich der Genehmigungsentscheidung nicht zu, da gemäß § 13b Abs. 5 Satz 4 EnWG die Bundesnetzagentur den Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung zu genehmigen hat, wenn die betreffende Anlage systemrelevant ist.

Rechtsbehelfsbelehrung

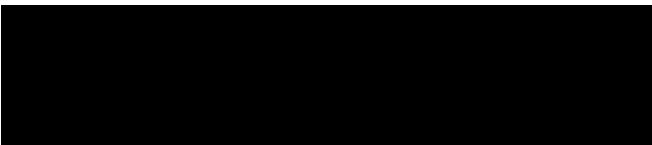
Gegen diese Entscheidung ist die Beschwerde zulässig. Sie ist binnen einer mit der Zustellung der Entscheidung beginnenden Frist von einem Monat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Zur Fristwahrung genügt jedoch, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist bei dem Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung enthalten, inwieweit diese Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird. Ferner muss sie die Tatsachen und Beweismittel angeben, auf die sich die Beschwerde stützt. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Bonn, den 30.06.2022

Im Auftrag

A large black rectangular box redacting the signature of the official.

( Leiterin Referat Versorgungssicherheit Strom)